



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

22. Juni 2026

Liechtenstein und die Schweiz-EU-Beziehungen: Aktuelle Herausforderungen

Prof. tit. Benedikt Pirker



Übersicht

- Überblick über die Bilateralen III
- Aktuelle Herausforderungen
- Et tu, Liechtenstein?
- Fazit



Überblick über die Bilateralen III



Historischer Überblick



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Historischer Überblick

Freihandelsabkommen (Handel)

1972

Bilaterale I (Wirtschaft)

1999

Bilaterale II (Politik)

2004

Weitere Abkommen


ab 2004

Der bilaterale Weg

1

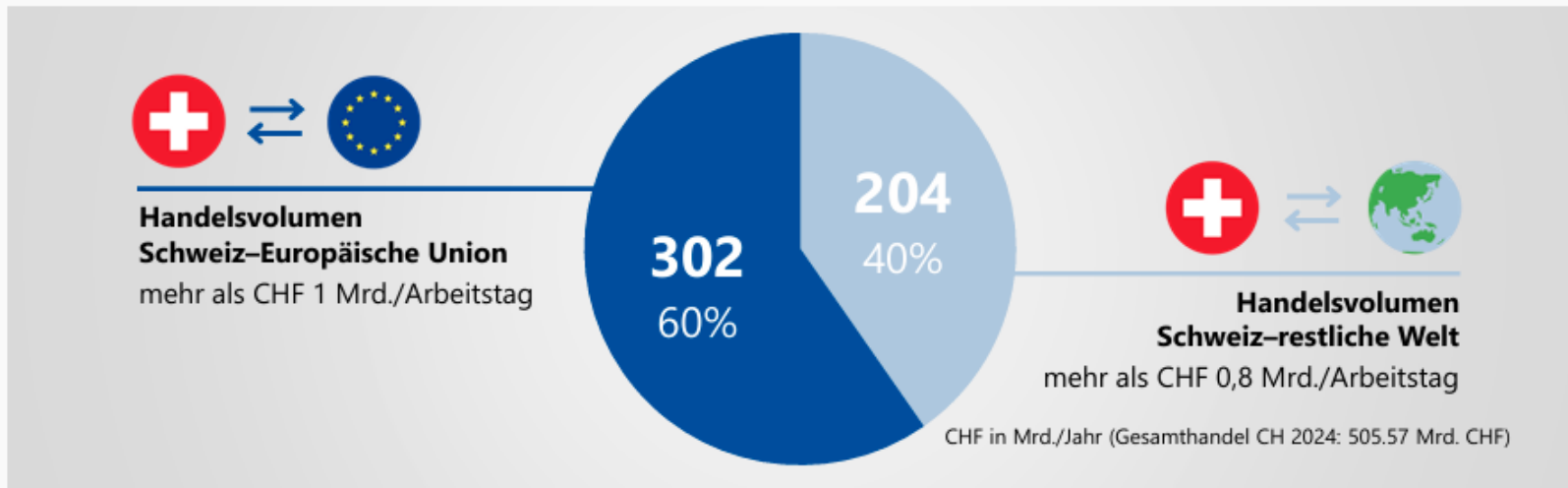


Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-EU

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

EU: wichtigste Handelspartnerin der Schweiz



Handelsvolumen der Schweiz 2024 in Mrd. CHF/Jahr. Quelle: Swiss-Implex (Total 1, exkl. Gold in Barren etc.)



Bereiche der Zusammenarbeit Schweiz-EU



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Zusammenarbeit mit Europa



Der bilaterale Weg



Bereiche der Zusammenarbeit Schweiz-EU



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Die Bilateralen I (1999)

1. Personenfreizügigkeit
2. Technische Handelshemmnisse (MRA)
3. Luftverkehr
4. Landverkehr
5. Landwirtschaft
6. Öffentliches Beschaffungswesen
7. Forschung*

Die sieben Abkommen wurden parallel verhandelt, unterzeichnet und in Kraft gesetzt.

Sie wurden rechtlich mit einer «**Guillotine-Klausel**» verknüpft: Alle werden ausser Kraft gesetzt, falls eines der Abkommen gekündigt wird.

Interesse: Erleichterter Zugang zu den Arbeits-, Waren- und Dienstleistungsmärkten

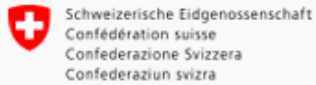
*Das Forschungsabkommen von 1999 ist Ende 2002 ausgelaufen.

Die wichtigsten bilateralen Abkommen Schweiz-EU

2



Bereiche der Zusammenarbeit Schweiz-EU



Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Bilaterale Abkommen II (2004)

1. Schengen/Dublin
2. Automatischer Informationsaustausch
3. Betrugsbekämpfung
4. Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte
5. Kreatives Europa (MEDIA)
6. Umwelt
7. Statistik
8. Ruhegehälter
9. Bildung, Berufsbildung, Jugend

Interesse: Vertiefte Zusammenarbeit in weiteren Bereichen,
verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen



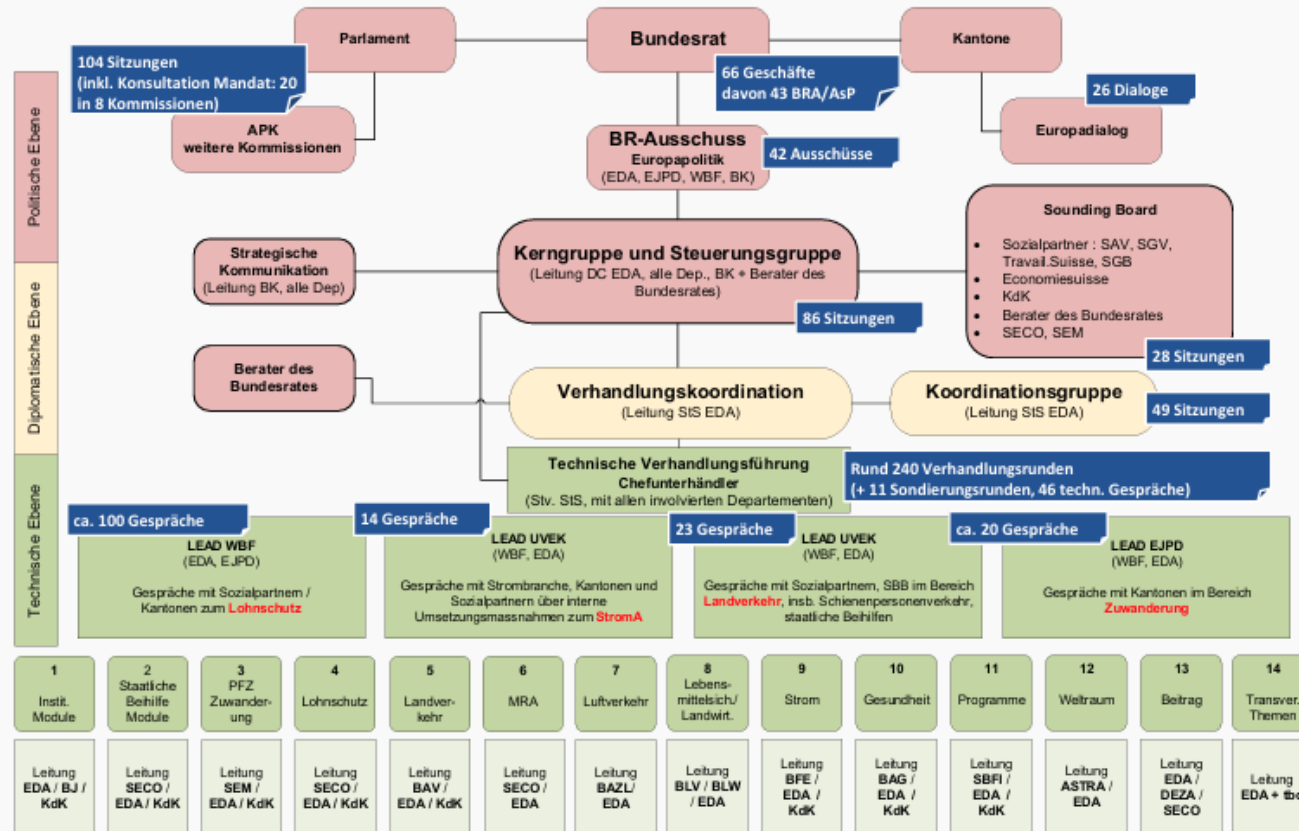
Verhandlungsprozess (I)



Verhandlungsprozess (II)

Stand März 2026

Inklusiver Prozess



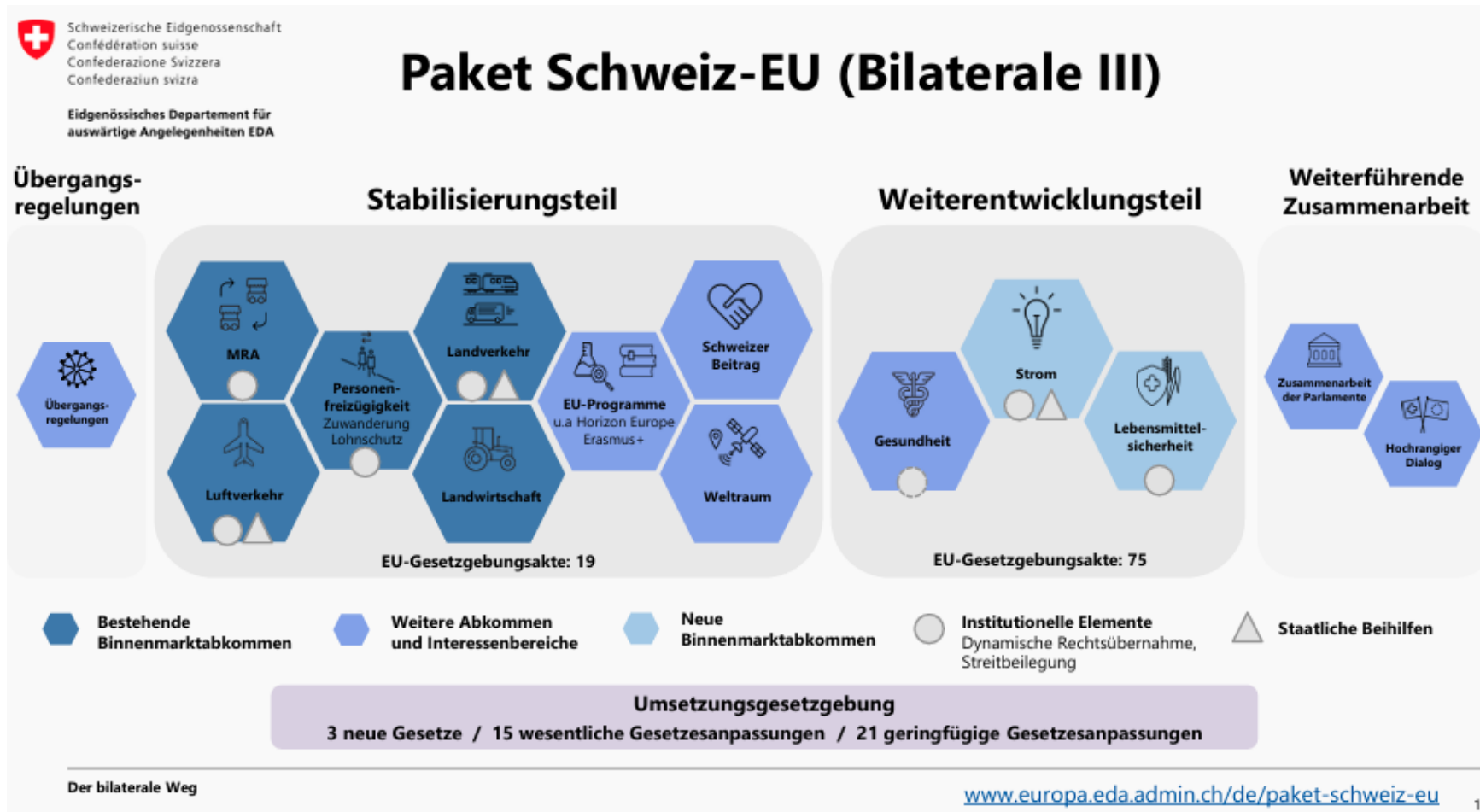
Innenpolitische Verhandlungsorganisation

Ausserpol. Verhandl.


Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU» - Grundlagen



Bilaterale III im Überblick



Institutionelle Elemente (I)

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

**Institutionelle
Elemente**

**Dynamische
Rechtsübernahme**


Stabilisierung



- ✓ In bestehenden Binnenmarktverträgen: Personenfreizügigkeit, MRA, Land- und Luftverkehr. (Zudem im Weiterentwicklungsteil bei den neuen Abkommen: Strom, Lebensmittelsicherheit und, soweit für dessen Funktionieren notwendig, analog im Gesundheitsabkommen.)
 - ✓ Entsprechend dem sektoriellen Ansatz in jedem betroffenen Abkommen spezifisch geregelt.
 - ✓ Ausnahmen sind von der dynamischen Rechtsübernahme nicht betroffen.
 - ✓ *Decision shaping*: Die CH kann sich an Ausarbeitung der für die Abkommen relevanten Rechtsakte in der EU beteiligen.
 - ✓ Bestehende Verfahren und Zuständigkeit in der CH bleiben unangetastet. Parlament und Volk können weiterhin über die Übernahme/Ablehnung von EU-Rechtsakten in die Abkommen entscheiden.
 - ✓ Genügend Zeit für CH bei Übernahme neuer relevanter EU-Rechtsakte.
- **Neutralität nicht betroffen**
 - **Direkte Demokratie nicht eingeschränkt**
 - **Keine automatische Rechtsübernahme: CH kann Nein sagen**
 - **Keine Superguillotine**
 - **Im Interesse der CH (insb. MRA)**



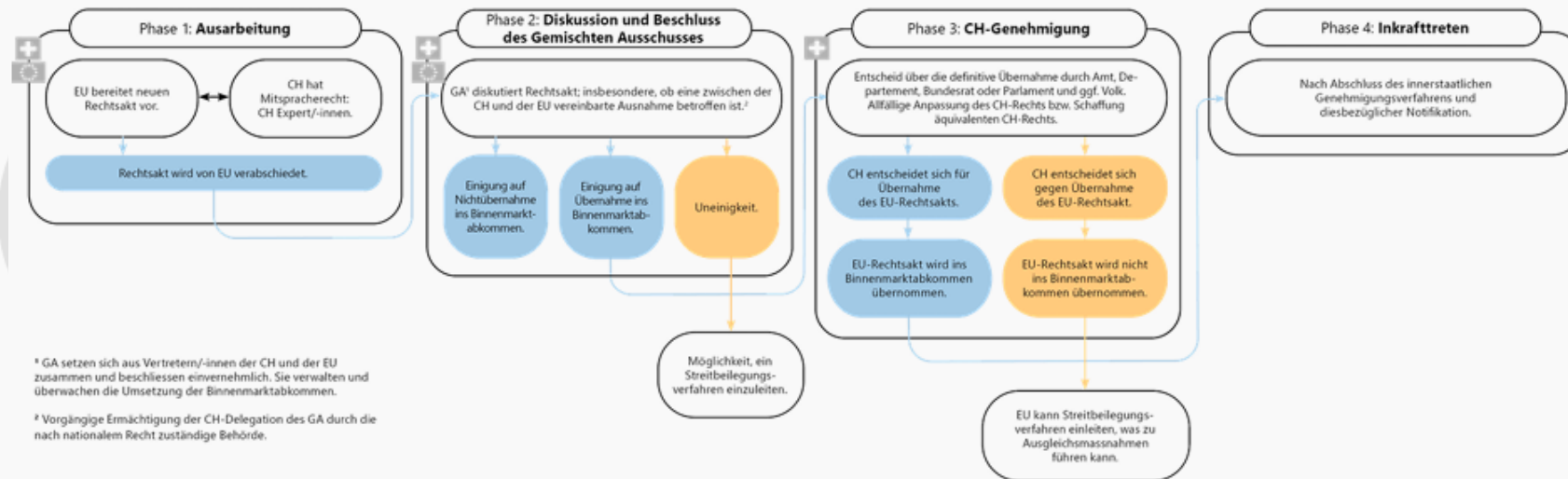
Institutionelle Elemente (II)

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra


Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Dynamische Übernahme von EU-Recht

Die Schweiz und die EU aktualisieren ihre Binnenmarktverträge neu grundsätzlich dynamisch.
Die dynamische Rechtsübernahme respektiert die verfassungsmässige Ordnung der Schweiz.
Keine dynamische Rechtsübernahme vor Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens.



Institutionelle Elemente (III)

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

**Institutionelle
Elemente**

Streitbeilegung

Stabilisierung


- ✓ Streitbeilegung nur für Streitigkeiten zwischen der CH und der EU.
- ✓ Streitbeilegung erfolgt weiterhin zuerst im Gemischten Ausschuss des betroffenen Abkommens (GA). Erfolgt keine Einigung im GA, kann jede Partei an ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht gelangen.
- ✓ Schiedsgericht entscheidet abschliessend über Streit. Rolle EuGH begrenzt auf Auslegung EU-Recht, sofern relevant und notwendig für Streitbeilegung. Ob eine Auslegungsfrage dem EuGH vorgelegt wird, entscheidet zudem Schiedsgericht; EuGH kann nicht selbst aktiv werden.
- ✓ Ausgleichsmassnahmen verhältnismässig und innerhalb Binnenmarktabkommen (Agrarteil des Landwirtschaftsabkommens ausgenommen, beim Gesundheitsabkommen nur innerhalb des Abkommens oder in Bezug auf CH-Beteiligung am EU-Gesundheitsprogramm).
- ✓ Aufschiebende Wirkung von Ausgleichsmassnahmen.

→ **Rechtssicherheit**

→ **Keine fremden Richter: nicht EuGH entscheidet über Streit, sondern Schiedsgericht**



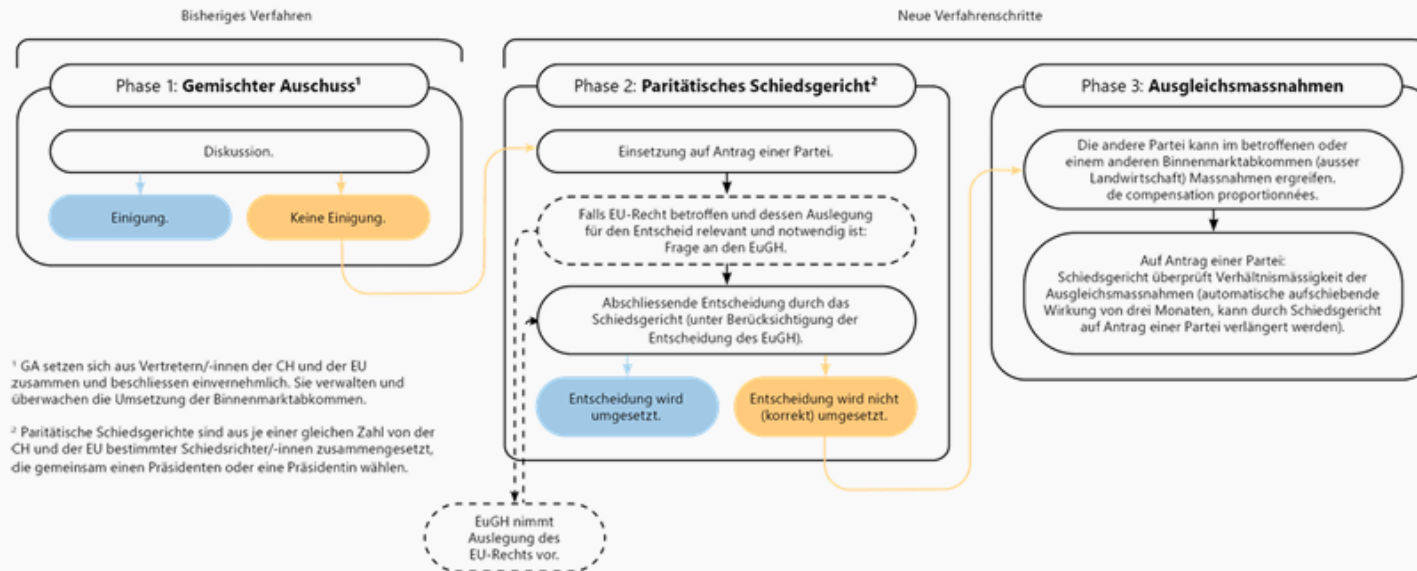
Institutionelle Elemente (IV)

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra


Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Streitbeilegung

Bei Uneinigkeiten über ein Binnenmarktabkommen können die Schweiz und die EU heute nur diskutieren; das führt nicht immer zu einer Lösung. Neu sollen Uneinigkeiten nach dem folgenden Verfahren gelöst werden.



Staatliche Beihilfen

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Stabilisierung



Worum geht es?


- Staatliche Beihilfen verschaffen bestimmten Unternehmen wirtschaftliche Vorteile (u.a. Subventionen, vergünstigte Kredite).
- Klare Regeln damit der Wettbewerb im Binnenmarkt nicht verfälscht wird.
- Betrifft nur Beihilfen im Geltungsbereich der drei Abkommen, die den Handel zwischen der CH und der EU und den Wettbewerb verfälschen können.



- ✓ Beihilfebestimmungen nur in drei Abkommen: Strom, Land- und Luftverkehr.
- ✓ Zweifelder-Ansatz abgesichert: Die Einhaltung des Beihilferechts wird in der CH von der Schweizer Beihilfeüberwachungsbehörde und Schweizer Gerichten überwacht.
- ✓ Der *Service public* (z.B. beim öffentlichen Verkehr und beim Strom) ist nicht gefährdet.
- ✓ Freihandelsabkommen von 1972 und Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen nicht betroffen.



Personenfreizügigkeit (I)

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Stabilisierung



✓ Schutzkonzept

• **Ausnahmen**

- *Landesverweisung*: Ausschaffungen sind möglich wie bis anhin.
- *Daueraufenthalt*: Daueraufenthaltsrecht nach fünfjährigem Aufenthalt steht nur Erwerbstätigen offen.

• **Absicherungen**


- *Entzug des Aufenthaltsrechts* wenn nicht kooperativ mit RAV.
- *Meldepflicht*: Meldeverfahren bei Kurzaufenthalt für Arbeitsmarktkontrollen bleibt.

- **Schutzklausel**: Bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen, Verfahren vor Schiedsgericht einseitig auslösbar, wenn im GA keine Einigung.

- ✓ **Studiengebühren**: Keine Diskriminierung bei Studiengebühren von CH-Studierenden in der EU und von EU-Studierenden an universitären Hochschulen und Fachhochschulen in der CH. Ausnahme betr. Zulassung zu Hochschulen und Zugang zu Stipendien in der CH bleibt abgesichert. Der Gesamtanteil von Studierenden aus der EU in der CH soll auf dem aktuellen Niveau beibehalten werden (Monitoring).



Personenfreizügigkeit (II)

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Stabilisierung

✓ Schutzkonzept

• Prinzipien

- «*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort*».
- Lohnkontrollen weiterhin durch paritätische Kommissionen (Gewerkschaften und Arbeitgeber) und Kantone (duales Kontrollsystem).

• Ausnahmen


- Voranmeldefrist 4 Arbeitstage für Risikobranchen. Definition Risikobranche und Kontrolldichte autonom durch CH.
- Kautionspflicht im Wiederholungsfall. Bei Nichtleistung Kautionspflicht: Sanktion bis Dienstleistungssperre.
- Dokumentationspflicht für Selbständigerwerbende zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit.
- **Non-Regression-Klausel:** CH muss keine EU-Rechtsentwicklungen übernehmen, die den CH Lohnschutz schwächen würden.

✓ Keine Wettbewerbsverzerrung

✓ 14 inländische Massnahmen zur Sicherung des Lohnschutzes

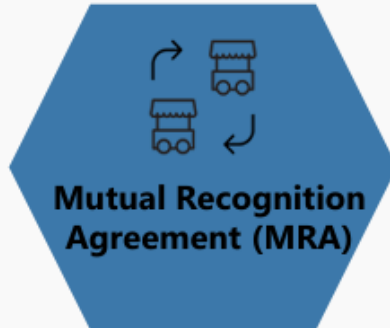


Mutual Recognition Agreement

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Stabilisierung




Abkommen zum Abbau techn. Handelshemmnisse (MRA)

- ✓ Binnenmarktbeitilgung: Umfasst 20 Produktesektoren (u.a. Maschinen, Medizinprodukte, elektrische Geräte, Bauprodukte, Aufzüge).
→ Entspricht 76 % aller in EU ausgeführten CH-Industrieprodukte.
 - ✓ Regelmässige Aktualisierung über dynamische Rechtsübernahme sichergestellt (inkl. Teilnahme am *Decision shaping*).
 - ✓ Beteiligung der CH an Marktüberwachung der EU (Massnahmen zur Gewährleistung der Produktsicherheit und -qualität) sichergestellt.
- **CH Interesse an dynamischer Rechtsübernahme**
→ **Weniger Bürokratie/Kosten: keine doppelten Konformitätsbewertungen**
→ **Versorgungssicherheit**



Landverkehrsabkommen

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA




Stabilisierung

- ✓ Abkommen betrifft nur grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf Strasse und Schiene.
- ✓ Marktöffnung im internationalen Schienenpersonenverkehr mit Absicherungen durch neue Ausnahmen (u.a. Vorrang Taktfahrplan, Anerkennung GA / Halbtax, Trassenplanung, CH-Sozialstandards).
- ✓ *Service public* und Qualität des ÖV unberührt, nationaler Verkehr nicht betroffen.
- ✓ Bestehende Ausnahmen gesichert (40t Limite, Kabotageverbot, Nacht- und Sonntagsfahrverbot, LSVA).
- ✓ Staatsvertragliche Absicherung der Alpenschutzinitiative (Art. 84 BV).



Luftverkehrsabkommen

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

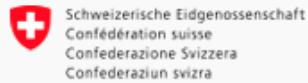


Stabilisierung

- ✓ Schweizer Fluggesellschaften erhalten im EU-Raum neu das Kabotagerecht (Flüge innerhalb EU-Staaten).
- ✓ Schweizer Fluggesellschaften sind auf dem EU-Markt den EU-Gesellschaften gleichgestellt (z.B. freie Wahl und Anzahl der Destinationen, Preisfestsetzung).
- ✓ Die Konsumentinnen und Konsumenten haben die gleichen Passagierrechte wie in der EU, das heisst sie werden bei Annullierungen und Verspätungen entschädigt.
- ✓ Die Mitwirkungsrechte (*Decision shaping*) der CH bei der Rechtsentwicklung im Bereich des Luftverkehrs werden abgesichert.
- ✓ Beteiligung Forschungsprogramm (SESAR 3).



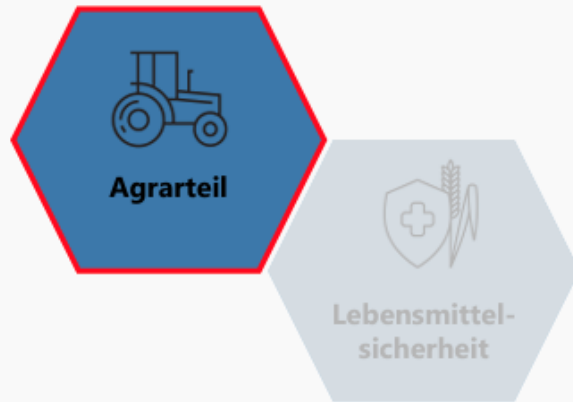
Agrarabkommen (I)



Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Stabilisierung

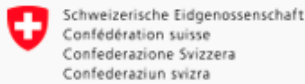
Das **Landwirtschaftsabkommen** von 1999 wird in Zukunft in zwei Teile gegliedert sein:
einen **«Agrarteil»** und einen Teil **«Lebensmittelsicherheit»**.



- ✓ Schweizer Agrarpolitik bleibt souverän. Grenzschutz für Agrarprodukte (inkl. Zölle und Kontingente) bleibt unverändert.
 - ✓ Absicherungen im «Agrarteil» (u.a. keine dynamische Rechtsübernahme, Streitbeilegung neu mit paritätischem Schiedsgericht, aber ohne EuGH, keine Ausgleichsmassnahmen im «Agrarteil» aufgrund Verletzung eines anderen Binnenmarktabkommens).
 - ✓ Freihandelsabkommen 1972 nicht Teil des Pakets.
- **Bestehende Agrarpolitik und Grenzschutz nicht tangiert.**



Agrarabkommen (II)

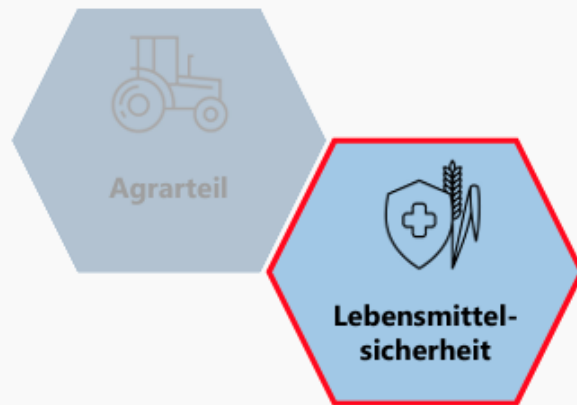


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Weiterentwicklung

Das **Landwirtschaftsabkommen** von 1999 wird in Zukunft in zwei Teile gegliedert sein:
einen **«Agrarteil»** und einen Teil **«Lebensmittelsicherheit»**.




Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU» - Vertiefung



- ✓ Ausweitung auf gesamte Lebensmittelkette (insb. nicht-tierische Lebensmittel wie z.B. Milkschokolade mit Nüssen).
- ✓ Verstärkter Konsumentenschutz (u.a. durch Zugang zum EU-Schnellwarnsystem RASFF & zur Europ. Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA).
- ✓ Verbesserte Binnenmarkteteiligung für Produzenten (weiterer Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse).
- ✓ Integration in das Zulassungssystem für Pflanzenschutzmittel der EU (inkl. vollständige Einsicht in EU-Risikobewertungen und Mitwirkung bei Bewertung von Pflanzenschutzmitteln).
- ✓ Bestehende Ausnahmen bleiben erhalten (u.a. Tiertransitverbot auf der Strasse, Import von Hormon-Fleisch). Erweiterte und zusätzliche Ausnahmen zur Absicherung von CH-Standards (insb. Tierschutz, gentechnisch veränderte Organismen (GVO)).
- ✓ *Decision shaping* im Geltungsbereich des LMS-Protokolls.



Weltraumabkommen

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

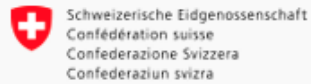


Stabilisierung

- ✓ Teilnahme an der Agentur der EU für das Weltraumprogramm (EUSPA).
- ✓ Weiterentwicklung der Teilnahme an Galileo und EGNOS (Satellitennavigationssysteme).
- ✓ Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der CH und der EU im strategischen Bereich der Raumfahrt.
- ✓ Möglichkeit der Verhandlung eines Zusatzabkommens über den Zugang zum hochsicheren öffentlichen regulierten Dienst (*Public Regulated Service, PRS*) von Galileo.



Beitragsabkommen



Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

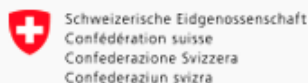


Stabilisierung

- ✓ Schweizer Beitrag zur Verringerung von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU sowie Bewältigung wichtiger gemeinsamer Herausforderungen (bspw. Migration).
- ✓ CH investiert damit in die Stabilität und den Zusammenhalt in Europa. Dies sind wesentliche Voraussetzungen für einen gut funktionierenden EU-Binnenmarkt, an dem die CH sektoriell teilnimmt.
- ✓ Umfang des Beitrags für 2030-2036 von 350 Mio. CHF/Jahr.
- ✓ Keine Gelder ins EU-Budget, sondern direkt in mit Partnerstaaten gemeinsam vereinbarte Programme und Projekte.
- ✓ Bei Korruptionsfällen oder bei Verletzung der gemeinsamen Werte (z. B. Rechtsstaatlichkeit) in der Umsetzung kann die CH wirksame Massnahmen ergreifen, so die Suspendierung von Zahlungen.
- ✓ Einmalige zusätzliche finanzielle Verpflichtung zwischen Ende 2024 und Start des neuen Mechanismus.



Stromabkommen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA




Weiterentwicklung

- ✓ Versorgungssicherheit und Netzstabilität werden gestärkt, neue Handelsmöglichkeiten für Wasserkraft.
- ✓ Schweizer Akteure können gleichberechtigt und hindernisfrei am EU-Strombinnenmarkt teilnehmen. Das ermöglicht effizientere Stromflüsse und reduziert die Kosten der Stromversorgung.
- ✓ Strommarköffnung mit regulierter Grundversorgung und Begleitmassnahmen - ohne Privatisierung.
 - Wahlfreiheit für alle Konsumentinnen und Konsumenten
 - *Service public* in der CH bleibt gewährleistet
- ✓ CH mit Recht, notwendige Stromreserven zu erstellen. Zusätzliche Flexibilität beim Bedarfsnachweis.
- ✓ Ausbau der erneuerbaren Energie: Kooperation CH-EU.
- ✓ Schweizer Wasserkraft: Die CH behält das Recht, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen inklusive Wasserkraft und ihren Energiemix eigenständig festzulegen. Keine Vorgaben zu Konzessionsvergabe und Wasserzins oder Eigentumsverhältnisse. Praxis kann beibehalten werden.
- ✓ Keine neue Vorgaben im Umweltrecht: Die CH verpflichtet sich mit dem Stromabkommen nicht dazu, EU-Umweltrecht anzuwenden.



Gesundheitsabkommen

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA



Weiterentwicklung

- ✓ Umfassender Zugang zu den Gesundheitssicherheitsmechanismen der EU.
 - ✓ Stärkung der Frühwarn- und Reaktionsfähigkeit der Schweiz bei Gesundheitsgefahren durch Zugang zum Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC).
 - ✓ Fokus Gesundheitssicherheit: Keine anderen Bereiche wie Tabak oder Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Geltungsbereich.
- **Besserer Schutz der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung.**
- **Die CH entscheidet auch künftig eigenständig und souverän über die Massnahmen, mit denen übertragbare Krankheiten oder andere grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren bekämpft werden sollen.**



Aktuelle Herausforderungen



Referendumsfrage (I)

- Fakultatives vs. obligatorisches Referendum:
 - Referendum sui generis?
 - Uneinheitliche Auffassungen und Praxis Bundesrat/Parlament
 - Kein Gewohnheitsrecht (Praxis/Rechtsüberzeugung/Lücke)
 - Verfassungswidrigkeit von Aspekten der Bilateralen III?
 - «Verfassungscharakter» der Bilateralen III?
 - Verstoss gegen Art. 121a Abs. 4 BV?
 - «Paketmodell» Vertragsgenehmigung/Verfassungsrevision?
 - Unterschiedliche Verfahren/Zuständigkeiten bei Genehmigungsverfahren/Verfassungsrevision
 - Gesondertes Vorgehen für Anpassung Verfassungsrecht erforderlich?

Art. 140 BV: Obligatorisches Referendum

¹ Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

- a. die Änderungen der Bundesverfassung;
- b. der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften;
- c. die dringlich erklärten Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt; diese Bundesgesetze müssen innerhalb eines Jahres nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden.

Art. 141 BV: Fakultatives Referendum

¹ Verlangen es 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses, so werden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt:

[...]

- d. völkerrechtliche Verträge, die
3. wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert.



Referendumsfrage (II)

- Bundesrat: für fakultatives Referendum
 - Verfassungskonformität der Bilateralen III
 - Kohärenz mit Bilateralen I und II
- SPK-S: für obligatorisches Referendum
 - Übergangsbestimmung in Verfassung für Genehmigung
 - Art. 121a im Zweifel nicht anwendbar
 - Anwendbarkeit Schubert-Praxis/Vorrang innerstaatliches Recht in Verfassung
- SPK-N: für obligatorisches Referendum
- APK-N: für fakultatives Referendum
 - Genehmigung mit separatem Bundesbeschluss (wie Bundesratvorschlag)
 - Kein Widerspruch zur Verfassung
 - Keine ad hoc Neuregelung Verhältnis Völkerrecht-Landesrecht in Übergangsbestimmung

Art. 140 BV: Obligatorisches Referendum

¹ Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

- a. die Änderungen der Bundesverfassung;
- b. der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften;
- c. die dringlich erklärten Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt; diese Bundesgesetze müssen innerhalb eines Jahres nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden.

Art. 141 BV: Fakultatives Referendum

¹ Verlangen es 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses, so werden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt:

[...]

- d. völkerrechtliche Verträge, die
3. wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert.



Verfassungsmässigkeit der Beihilfeüberwachung (I)

- Kompetenz zur Überwachung kantonaler und kommunaler Beihilfen
 - Verwendet: Auswärtige Angelegenheiten (Art. 54 Abs. 1 und 101 Abs. 1 BV); Binnenmarktkompetenz (Art. 95 Abs. 2 BV); Schienenverkehr (Art. 87 BV); Strassenpersonenverkehr (Art. 92 Abs. 1 BV)
 - Probleme:
 - Wettbewerb (Art. 96 BV) gilt nur für private Akteure
 - Strassengüterverkehr z.B. durch Art. 82 Abs. 1 BV nicht erfasst



Verfassungsmässigkeit der Beihilfeüberwachung (II)

- Institutionelle Fragen
 - Neue Beihilfekammer der WEKO
 - Bisherige Zuständigkeit bei rein wettbewerbsrechtlichen Sachverhalten
 - „Unverbindlichkeit“ der Stellungnahme der Kammer
 - Formal verbleibt Entscheid über Zulässigkeit bei Beihilfegeber (vgl. Praxis im Luftverkehrsabkommen)
 - Begründungspflicht bei Abweichen; Beschwerdepflicht der WEKO
 - Umfassende Prüfbefugnis
 - Sachverhalt und rechtliche Bewertung
 - Reduzierte Verfahrensrechte von Beihilfegebern und -nehmern
 - Vgl. EU-Beihilfenrecht



«10 Millionen-Initiative»

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Abstimmungsergebnis, kartographisch visualisiert
Vorläufiges amtliches Endresultat, 14. Juni 2026

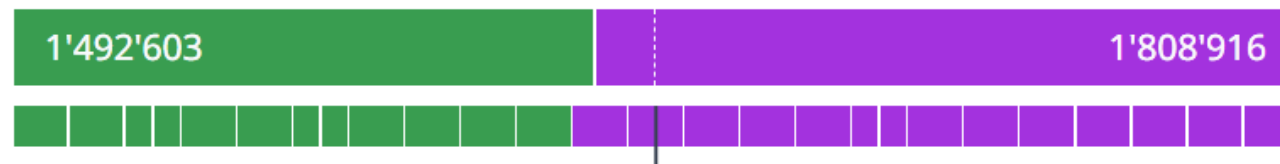
Verworfen

Schweiz

Beteiligung: 58,86%

45,21% Ja

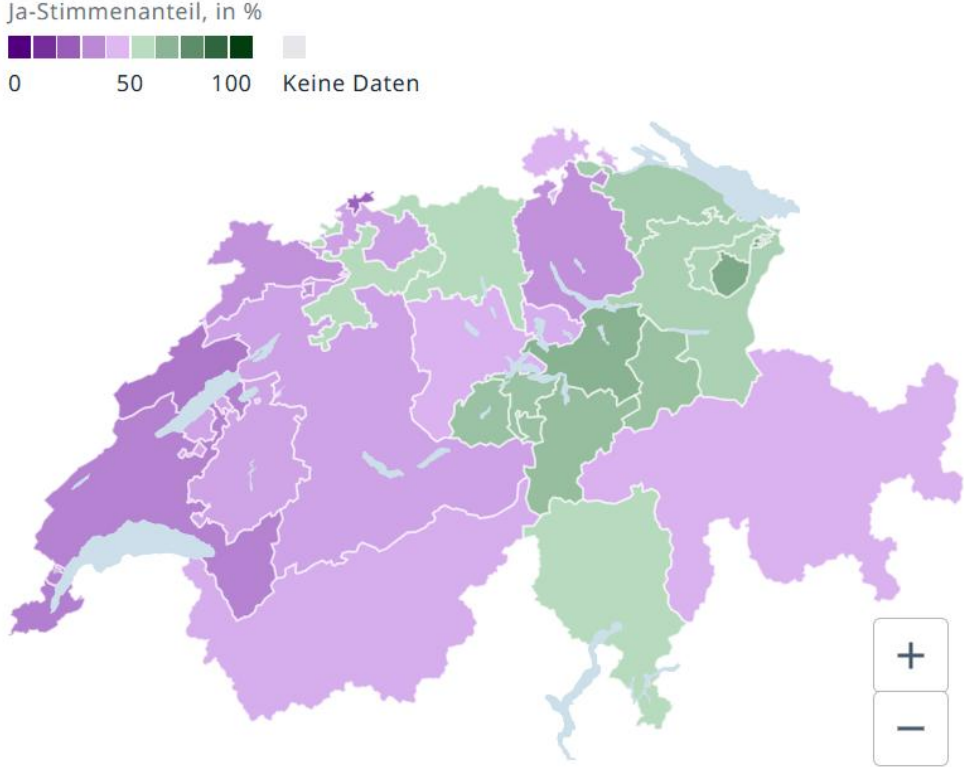
54,79% Nein



Doppeltes Mehr nicht erreicht ⓘ



«10 Millionen-Initiative»



Stand der Daten: 14. Juni 2026 18:22
Quelle: BFS - Statistik der Abstimmungen
[Zum Abstimmungsdashboard Schweiz](#)

© BFS 2026



«10 Millionen-Initiative»

- Zielsetzung Deckelung der Wohnbevölkerung, Anpassung der Obergrenze ab 2050 nur aufgrund Geburtenüberschuss
 - Handlungsspielraum
 - Zuständigkeit Bund und Kantone nicht geändert
- Massnahmen nach Überschreiten von 9,5 Millionen
 - Asylbereich, vorläufig Aufgenommene und Familiennachzug
 - Spannungsverhältnis mit anderen völkerrechtlichen Verträgen
 - Neuverhandlung, Nutzung von Ausnahme-/Schutzklauseln
- Massnahmen nach Überschreiten von 10 Millionen
 - Verschärfte Handlungspflicht
 - Kündigung bevölkerungswachstumstreibender Abkommen
 - Kündigung Personenfreizügigkeitsabkommen (wenn nach zwei Jahren Grenzwert nicht eingehalten oder effektive Schutzklauseln angerufen werden können)



Et tu, Liechtenstein?



Auswirkungen für Liechtenstein

- Anpassungsbedarf bei erfolgreichem Abschluss der Bilateralen III
 - Z.B. im Bereich Personenfreizügigkeit bei EFTA-Konvention
 - Sektorale Anpassungen bzw. quantitative Beschränkungsmöglichkeiten unberührt
 - Aber andere Rechte (Änderungen der Rechtslage z.B. Niederlassung von Selbständigen, Entsendungen/Dienstleistungsbereich)



Auswirkungen für Liechtenstein

- Anpassungsbedarf bei Ablehnung der Bilateralen III
 - Einbindung Liechtensteins in Landwirtschaftsabkommen Schweiz-EU

Sektorale Anpassungen

Kapitel I (Veterinärwesen) gilt nicht für Liechtenstein.

Auf Erzeugnisse, die den Regelungen von Kapitel II, Futtermittel, und Kapitel III, Pflanzenschutz, unterliegen, kann Liechtenstein auf seinem Markt sowohl die aus seiner regionalen Union mit der Schweiz herrührenden Schweizer Rechtsvorschriften als auch die Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Rechtsakte anwenden, auf die in den beiden Kapiteln Bezug genommen wird.

Dieser Anhang gilt jedoch nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist.



Auswirkungen für Liechtenstein

- Anpassungsbedarf bei Ablehnung der Bilateralen III
 - Einbindung Liechtensteins in Landwirtschaftsabkommen Schweiz-EU
 - Zusatzabkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
 - „Modellwechsel“ Richtung EWR?



Fazit



Fazit

- Bilaterale III: Landschaftspflege oder Quantensprung?
- Herausforderungen:
 - Debatte über fakultatives/obligatorisches Referendum
 - Beihilfeüberwachung
 - ~~– 10 Millionen Initiative~~
- Relevanz aus Liechtensteiner Sicht
 - Sowohl bei Ablehnung als auch Annahme der Bilateralen III





LIECHTENSTEIN-INSTITUT

**Besten Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

www.liechtenstein-institut.li

